



Kinder stark machen

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

# Fraktionsreport <sup>06</sup><sub>2011</sub>

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

## Fünf Jahre Sozialpolitik voller Mängel

KOMMENTAR



*Marianne Linke*  
Dr. Marianne Linke

Seit 2006 hat diese SPD-CDU-Regierung das Heft des Handelns in der Hand und lobt sich nun am Ende der Wahlperiode ihrer Erfolge. Was steckt dahinter? Eine hohe Arbeitslosigkeit, die dadurch verdeckt wird,

weil sich Menschen die Klinke des Jobcenters von einem zum anderen Ein-Euro-Job in die Hand geben und in der Statistik nicht erscheinen. Die bundesweit geringsten Nettoeinnahmen der Bevölkerung, begünstigt durch viele langzeitarbeitslose Frauen und Männer, die nach jedem Strohhalm greifen, nur um einen festen Arbeitsplatz zu erhalten, auch wenn dieser miserabel entlohnt wird. Viele junge Leute, die das Land verlassen, weil 75 Prozent der unter 25-jährigen in MV bei Vollbeschäftigung ein Einkommen unterhalb des Niedriglohnes erhalten – wobei der Niedriglohn im Osten übrigens 500 Euro unterhalb des Westniedriglohnes liegt.

Kinder, die zu annähernd 50 Prozent in Familien leben, deren Eltern arm sind, weil sie Hartz-IV-Leistungen erhalten oder Geringverdiener sind. Kinderarmut – Schulabbrecher – Förderschüler – Zahlen, mit denen MV bundesweit Rekordwerte erzielt. Mit einem fragwürdigen, auf Ausgrenzung und Stigmatisierung zielenden „Bildungs- und Teilhabepaket“ wird dieses Land die Chancen der jungen Generation nicht erhöhen. Dazu bedarf es eines auf Chancengleichheit basierenden Schul- und Jugendhilfekonzeptes, das Kinder nicht nach der Herkunft unterscheidet, sondern zusammenführt und fördert. Dazu bedarf es guter Arbeit

mit gesetzlichen Mindestlöhnen, die im Osten und Westen gleich hoch sind. Das stärkt die Familien ebenso wie die Kassen der Sozialversicherungen. Dazu bedarf es eines Verabredungsgesetzes, das seinen Namen verdient. Der Staat ist immer noch der größte Auftraggeber und muss absichern, dass unsere Steuergelder den Arbeitnehmern nutzen. Die Alternative zu dieser Politik in Mecklenburg-Vorpommern heißt: **Gute Arbeit – Gute Löhne – Sicherheit bei Krankheit und im Alter!**

**Gute Schule – gebildete Kinder – ein Leben mit Zukunft hier!**

# Kinder stark machen

Im Jahr 2004 wurde das Kindertagesförderungsgesetz des Landes verabschiedet. Ein Gesetz, das den Anspruch auf gesunde Lebensweise und vorschulische Bildung im Kindergarten festschreibt. Das Gesetz war ein Wiederbeginn in der vorschulischen Bildung, ein Neuanfang bei der Lösung einer sehr komplexen Aufgabe. Es geht darum, die Fantasie und Talente aller Kindern von klein auf mit spielerischen Methoden zu fördern. Das Land hat die Mittel für Kitas in dieser Zeit um 25 Prozent erhöht und allein den Anspruch auf vorschulische Bildung aller Kinder mit zusätzlich 7 Millionen Euro jährlich finanziert.

Nach dem Regierungswechsel 2006 wurden aus dem Haushalt der Kindertagesförderung erst einmal vier Millionen entnommen, u. a. um berufstätige Eltern, deren Kinder das letzte Kita-Jahr besuchen, teilweise von Elternbeiträgen zu befreien. Diese Schieflage – Kinder entsprechend der sozialen Situation ihrer Eltern unterschiedlich zu behandeln – fand einen erschreckenden Höhepunkt mit der 2010 erfolgten Novellierung des Gesetzes. Das Land gibt tatsächlich weiterhin für die Kitas viel Geld aus, hat sich aber entschieden, jene Kinder besonders zu fördern, die eine erhebliche Abweichung

von der altersgerechten sozialen, kognitiven, emotionalen oder körperlichen Entwicklung aufweisen. In der Fachwelt hat sich aber das „neue Bild vom Kind“ durchgesetzt, mit einem Paradigmenwechsel von der Defizit- zur Ressourcenorientierung. Der Defizitansatz, der zu einer frühen Ausgrenzung von Kindern führt, wird abgelehnt. Politisches und pädagogisches Handeln im Bereich der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung sollten darauf gerichtet sein, Defizite, besondere Bedarfslagen, soziale Brennpunkte gar nicht erst entstehen zu lassen. Kindergärten müs-

sen Stätten der Prävention und Inklusion sein. Wenige Kinder bedürfen selbstverständlich ergänzender sonderpädagogischer Maßnahmen der Frühförderung. Aber diese können nicht die Zielsetzung der allgemeinen Kindertagesförderung sein. Meine Fraktion hatte vorgeschlagen, in den Kitas mit Entwicklungsplänen zu arbeiten, die primär der Förderung der Stärken der Kinder dienen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Nichtsdestotrotz ist unsere Forderung der einzig erfolgversprechende Weg, um die Fähigkeiten aller Kinder unabhängig von der sozialen Stellung ihrer Eltern zu fördern.

# Krankenhäuser des Landes im freien Fall?

Über Jahre hinweg gab es in MV einen Kristall besonderer Art: das Netz der 35 Krankenhäuser, seit den neunziger Jahren zwar weitestgehend in privater Hand, aber dennoch in der Fläche ausgewogen verteilt, bedarfsgerecht ausgestattet und wohnortnah angesiedelt. Das Land hat sich dafür in besonderem Masse engagiert: Mit einer straffen bedarfsgerechten Planung unter Leitung des Sozialministeriums und einer ordentlichen Belohnung in Gestalt eines gesetzlichen Anspruchs für die investive Ausstattung aller Krankenhäuser, die nach dem Plan für die Versorgung erforderlich sind. Über zwei Milliarden Euro öffentlicher Gelder wurden seit 1990 für die investive Ausstattung der Krankenhäuser eingesetzt. An und um Krankenhäuser

haben sich Arztpraxen oder Medizinische Versorgungszentren angesiedelt, die so auch die medizinische Versorgung in der Fläche sichern. Das wurde landesweit von der Bevölkerung und den Partnern des Gesundheitswesens gut angenommen. Der im Jahr 2005 eingeführte Krankenhausplan gilt immer noch, also das siebte Jahr. Im siebten Jahr – diesem verflixten siebten Jahr – stellte nun die Sozialministerin, Frau Schwesig, fest – ohne dass sie bisher in nennenswertem Maße Betten im Krankenhausplan gestrichen oder zugelassen hätte – dass man im Bereich der Krankenhauslandschaft „Bürokratie abbauen“, mehr Wettbewerb zulassen müsse und setzte ein entsprechendes Gesetz durch. Bürokratie abbauen – Büro-

kratie abbauen – Bürokratie? Nüchtern gesprochen ist es ein umgangssprachlich negativ besetzter Begriff für Regeln, also auch für Regeln in der Verwaltung. Im sozialen Bereich gibt es in Deutschland tatsächlich eine Menge Regeln, denn die Versicher- ten und vor allem die Patienten, ja die Geldgeber, haben ein Recht darauf, zu wissen, dass ihre Gelder optimal zur Versorgung eingesetzt werden. Nun hat Sozialministerin Schwesig durchgesetzt, dass künftig die Planung gelockert, nur noch ein „Rahmen“ vorgegeben und der Anspruch auf investive Förderung im Gesetz gestrichen wird. Krankenhäuser sollen sich im Wettbewerb behaupten, heißt es bei der

SPD. Im Gesundheitswesen aber geht es nicht wie in der Wirtschaft um Angebot und Nachfrage, sondern einzig und allein um eine bedarfsgerechte Versorgung erkrankter Menschen. Meine Fraktion hat dieses Gesetz abgelehnt, denn es wird den Tanker „Krankenhauslandschaft“ zum Kippen bringen. Kleine Häuser werden im Wettbewerb nicht mithalten können, das flächendeckende Netz wird ausgehöhlt. Wir fordern deshalb, auch in der Zukunft eine landesweite bedarfsgerechte Planung der Krankenhauskapazitäten und den Erhalt des Anspruchs auf investive Förderung aller erforderlichen Krankenhäuser. Das entwickelt sich nicht im Selbstlauf oder freien Spiel der Kräfte. Das bedarf klarer Regeln.



# Recht auf Bildung und Teilhabe

Keine Frage, auch Jobcenter haben ihren Bildungsauftrag – aber bezieht der sich jetzt auch auf Kinder und Jugendliche? Die Frage muss erlaubt sein, denn raten Sie mal, wer in Mecklenburg-Vorpommern für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes Verantwortung trägt:

**Der Bildungsminister**, der für die schulische Bildung sowie Kultur im Land zuständig ist und hier hätte eigene Akzente setzen können?

**Die Sozialministerin**, die sich auch gern Kinder- und Jugendministerin nennen lässt, das Ganze auf Bundesebene mitverhandelt hat und im eigenen Land nun hätte zum Erfolg führen können?

**Die Finanzministerin** – weil es dabei um viel, viel Geld – immerhin ein Prozent vom Anteil der Kosten der Unterkunft – geht?

**Der Innenminister** – weil die Kinder- und Jugendhilfe in die kommunale Selbstverwaltung gehört?

Alles falsch: in Mecklenburg-Vorpommern nimmt jetzt der **Wirtschaftsminister** die Belange von Kindern und Jugendlichen in die Hand und avanciert damit zum Allroundminister.

**Ein Witz – sagen Sie?**

Gern würde ich Ihnen zustimmen, denn immerhin ist seit Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 Mecklenburg-Vorpommern bundesweit das Land mit

der höchsten Kinderarmut, verbunden mit anderen traurigen Rekorden: In unserem Land gibt es die höchste Rate von Schulabbrechern und von Kindern, die eine Förderschule besuchen.

Unsere Kinder sind nicht dümmer oder untalentiierter als Kinder anderer Länder. In unserem Land wurde nur in den vergangenen Jahren mehr Geld in die Erneuerung von Straßen, Autobahnen und Stadtzentren gesteckt als in die Entwicklung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche.

Die gesellschaftliche Schwerpunktsetzung, also die Rahmenbedingungen, stimmen nicht mehr.

Wer entdeckt die Talente unserer Kinder, wer fördert sie?

Diese Frage hätte bei der Verhandlung des Bildungs- und Teilhabepaketes durch die Sozialministerin des Landes, Frau Schwesig, nach Auffassung von Bildungs- und Sozialwissenschaftlern, Eltern und Pädagogen zugunsten der Schule und Freizeiteinrichtungen beantwortet werden müssen. Andere Staaten machen es uns vor: Eingliedrige Schulsysteme mit Ganztagsbildung, in denen alle Kinder zusammen lernen, sich gegenseitig beflügeln oder unterstützen, aneinander reiben und voneinander lernen.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket muss nun jede Mutter bzw. jeder Vater, der Hartz-IV-Leistungs- oder

Wohngeldempfänger ist, bei Bedarf einen Antrag auf Nachhilfe seines Kindes im Jobcenter stellen. Das ist insofern absurd, als zuvor die Schule bescheinigen muss, dass Nachhilfebedarf besteht. Die Schule muss sich also selbst bestätigen, dass sie schlecht gearbeitet hat. Statt dann aber auch den Auftrag zu erhalten, diese schlechte Leistung zu korrigieren, indem sie selbst die Nachhilfe gewährleistet, geht der staatliche Auftrag, alle Kinder zu bilden für einen Teil der Kinder unserer Gesellschaft über das Jobcenter an einen privaten Bildungsträger, der sich an der Armut und den Wissenslücken unserer Kinder bereichert. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist so gesehen – eine große Privatisierungswelle im Bereich der schulischen Bildung. Wollen wir das? Nein, natürlich nicht.

**Meine Fraktion wird sich weiterhin für eine Stärkung der schulischen Strukturen im Interesse aller Kinder der Gesellschaft einsetzen.**





# Mehr Generationen Haus

## Miteinander der Generationen

Im Jahr 2005 wurde vom Bund für die Jahre 2006 bis 2011 ein Förderprogramm für die Bildung von Mehrgenerationenhäusern aufgelegt und damit der Betrieb dieser Häuser mit 40 000 Euro pro Jahr für insgesamt maximal fünf Jahre gefördert. Der Förderung ging ein Bewerbungsverfahren voraus. Inzwischen arbeiten bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser.

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich in den vergangenen Jahren 23 Mehrgenerationenhäuser mit Angeboten für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen außerordentlich erfolgreich entwickelt. Sie sind Orte des nachbarschaftlichen Miteinanders, des haupt- und ehrenamtlichen Engagements, aber auch der Kooperation mit Kommunen und den ortsansässigen Unternehmen. Mehrgenerationenhäuser ergeben so mit den Volkshochschulen, den Begegnungsstätten

von Kommunen, Vereinen und Verbänden sowie im Zusammenwirken mit den Familienbildungsstätten ein tragfähiges flächendeckendes Netz interessanter sozio-kultureller Angebote, also des direkten „Miteinanders und Füreinanders“. Nun haben viele Häuser ein echtes Problem: Sie wurden als Projektförderung ins Leben gerufen und die Förderperiode neigt sich dem Ende zu. Noch ist unklar, wie sich die Perspektive gestalten wird – bleiben die bundesweit 500 Einrichtungen am Netz, werden künftig andere Einrichtungen gefördert, mit welchem Förderbetrag kann ein Haus pro Jahr rechnen ... Fragen über Fragen.

So ist es selbstverständlich, dass sich meine Fraktion über Kleine Anfragen und Anträge an den Landtag bzw. Sozialausschuss dieser Problem regelmäßig angenommen hat. Unser Anliegen ist es, die 23 Häuser zu sichern und eine geringere

Fördersumme durch den Bund von etwa 10.000 Euro pro Jahr und Haus – also maximal 230.000 Euro – gegebenenfalls über den Landeshaushalt – der immerhin über sieben Milliarden Euro umfasst – abzufangen. Wie so oft fanden die Vertreter von SPD und CDU, fand die Sozialministerin Frau Schwesig blumige Worte der Anerkennung für das „Erfolgsmodell“ Mehrgenerationenhaus und die vielschichtigen Leistungen, die hier angeboten und genutzt werden. Nur fand die Ministerin dafür in ihrem Haushalt keinen Cent.

Vielmehr plädierte sie dafür, die Häuser neu auszurichten, also unter anderem auch die Beratung von Pflegebedürftigen zu integrieren. Der Gedanke, auch die Pflegestützpunkte hier anzusiedeln, fand sofort die Unterstützung meiner Fraktion – scheiterte nur leider am unzureichenden Einsatz der Sozialministerin, die nicht rechtzeitig den Kom-

munen die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Pflegestützpunkten in die Hand gegeben hat. Immerhin hatte sich der Bund verpflichtet, die Einrichtung von Pflegestützpunkten in den Kommunen drei Jahre lang mit je maximal 50.000 Euro zu unterstützen. So sind also dank der Sozialministerin 600.000 Euro durch Mecklenburg-Vorpommern beim Bund nicht beantragt worden und neben den im Landeshaushalt jährlich vorgesehenen 650.000 Euro schlicht und ergreifend verfallen.

Seriöse, verantwortungsbewusste Arbeit sieht anders aus. Meine Fraktion wird auch nach den Wahlen „dranbleiben“ und die Stärkung der sozialen Netze als Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen regelmäßig auf die Tagesordnung setzen. Mehrgenerationenhäuser sind in diesem Mosaik ein wichtiges Steinchen.

Impressum

Fraktionsreport  
herausgegeben von der  
Fraktion DIE LINKE im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern  
Tel: 0385 - 5252500  
fraktion@dielinke.landtag-mv.de  
Titelbild: Franz Mairinger / pixelio.de  
Gestaltung: Lars Kulesch  
Stand: 15. Juli 2011

Dieses Material darf nicht für den Wahlkampf genutzt werden.

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

V. i. S. d. P: Dr. Marianne Linke

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern